



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde: Schließungen von
Galeria Karstadt Kaufhof

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25.06.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind uns wohl alle einig, dass die Ankündigung der Schließung von 18 Filialen in Nordrhein-Westfalen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Häuser ein schwerer Schlag war. Die Beschäftigten haben schon in den letzten Jahren viele Zugeständnisse gemacht, um den Erhalt der Kaufhäuser zu sichern. Jetzt stehen sie vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Wir haben in der Debatte bereits einiges gehört zu den Entwicklungen im Handel und den Auswirkungen auf unsere Innenstädte. Ich möchte nur noch ein paar Aspekte aus arbeitsmarktpolitischer Sicht beleuchten:

Sicher gibt es in Bereichen des Handels wie gerade im Lebensmitteleinzelhandel derzeit eine Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Die Schließungen müssen also nicht zwangsläufig in der Arbeitslosigkeit enden. Ein Arbeitsplatzwechsel dürfte aber für viele, gerade für ältere Angestellte mit Einbußen verbunden sein. Das ist für die Betroffenen persönlich schmerzhaft.

Wir können als Staat aber nicht dauerhaft Arbeitsplätze in unwirtschaftlichen Betrieben erhalten. Wir können nur die Prozesse des Wandels und der Umstrukturierung sinnvoll begleiten. Dabei sind alle Akteure gefordert: Bund, Länder, Kommunen, Arbeitsagenturen, aber auch das Unternehmen selber und die Gewerkschaften stehen in der Verantwortung.

Wir brauchen Angebote, mit denen wir die betroffenen Beschäftigten dabei unterstützen, wieder einen möglichst qualifizierten Arbeitsplatz zu finden.

Natürlich wird in diesem Zusammenhang auch die Frage einer Transfergesellschaft diskutiert. Es war ein wichtiger Schritt, dass sich Unternehmen, Betriebsrat und die Gewerkschaft ver.di in dieser Frage verständigt haben und dass auch von Seiten des Eigners dafür ein Millionenbetrag zur Verfügung gestellt wird. Damit lassen sich die Monate des Übergangs gestalten. Eine Transfergesellschaft darf aber nicht nur dazu dienen, Zeit zu gewinnen.

Aus Sicht der Freien Demokraten muss Qualifizierung im Vordergrund stehen. Wir wollen die sechs Monate in einer Transfergesellschaft nutzen, um insbesondere digitale, aber auch soziale, kommunikative und methodische Kompetenzen zu stärken. Wir wollen die Menschen fit machen für eine sich wandelnde Welt – nicht nur im Handel. Lassen Sie uns so Perspektiven schaffen für die so schwer getroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.